

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

210 (23.9.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.30, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 23. September 1950

Nr. 210

Bundesrat berät Mitbestimmung Bundestag soll Ausschulberatungen berücksichtigen

Bonn (UP). Der Bundesrat beschäftigte sich in mehrstündiger Debatte mit dem von der Regierung eingebrachten Entwurf eines „Betriebsverfassungsgesetzes“. Die Bundesregierung hatte sich zur Vorlage eines Mitbestimmungsgesetzes entschlossen, nachdem bereits CDU und SPD je einen Entwurf auf diesem Gebiet eingebracht hatten. Der Bundesrat beschloß, dem Gesetzentwurf nur seine Zustimmung zu geben, wenn die Ergebnisse der Ausschulberatungen vom Bundestag mit in das Gesetz einbezogen werden. Die Empfehlungen der beteiligten Bundesausschüsse besaßen im einzelnen die Bezeichnung „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ wird durch „Arbeitnehmer“ ersetzt. Die von der Regierung vorgesehene Gutachtenstelle wird in eine Schlichtstelle, die verbindliche Schlichtsprüche aussprechen kann, umgewandelt. In die Aufsichtsräte, denen mindestens ein Drittel Arbeitnehmer angehören sollen, können Gewerkschaftsvertreter aufgenommen werden. Abrechnungen und Kalkulationen, die als Betriebsgeheimnisse bezeichnet werden, bleiben den Unternehmern vorbehalten. Zuvor hatte Bundesarbeitsminister Storch gefordert, daß das zu schaffende Mitbestimmungsrecht ein „Grundgesetz der Arbeit“ werden müsse.

Schließlich billigte der Bundesrat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Verlängerung der vorläufigen Haushaltsführung bis zum 31. Dezember 1950.

Berliner Polizeibeamte ausgetauscht An der Sektorengrenze übergeben

Berlin (UP). Die in Westberlin inhaftierten 51 Volkspolizisten aus dem sowjetischen Sektor und die 25 im Ostsektor festgenommenen Westberliner Polizisten wurden an der Sektorengrenze ausgetauscht. Auch die sechs Volkspolizisten, die von einem amerikanischen Gericht der Hohen Kommission freigelassen wurden, sind in den sowjetischen Sektor zurückkehrt.

Ostregierung erhebt Vorwürfe New Yorker Beschlüsse passen ihr nicht

Berlin (UP). In einer amtlichen Stellungnahme der Ostzonenregierung wird zu den kürzlich in New York unter anderem erlassenen Beschlüssen der Außenministerkonferenz in New York unter anderem erklärt, „die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hätten im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen alles getan, ihre von ihnen selbst anerkannten Verpflichtungen zur Wahrung der deutschen Einheit zu verletzen und die Entwicklung einer demokratischen Ordnung zu verhindern. Demgegenüber ruft dann die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das deutsche Volk, insbesondere die Bevölkerung in Westdeutschland, auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Demokratie und Freiheit für Deutschland zu verteidigen, um dem deutschen Volk Frieden und Freiheit zu sichern.“

Sprengung einer Heuss-Kundgebung? Was planen KPD und FDJ in Bochum?

Essen (UP). Der Parteivorstand der KPD soll, wie von zuverlässiger Seite bekannt wurde, die FDJ angewiesen haben, die für kommenden Sonntag in Bochum angesetzte Kundgebung der Industriegewerkschaft Bergbau, auf der der Bundespräsident sprechen soll, durch Streikaktionen zu sprengen. Der NRW-Landvorsitzender der FDJ in Essen habe hierzu alle Vorbereitungen getroffen und seine Mitteilerg aufgefördert, „nicht uniformiert“ in Bochum zu erscheinen. Sie sollten sich in Gruppen von fünf bis zehn Mann unter den versammelten Jungbergleuten verteilen, um dann durch Provokationen den Bundespräsidenten am Reden zu hindern.

Friedensnobelpreis für Bunche Für erfolgreiche Friedensvermittlung

Oslo (UP). Der ehemalige UN-Vermittler für Palästina, Dr. Ralph Bunche, wurde mit dem Friedensnobelpreis des Jahres 1950 ausgezeichnet. Die Verleihung der Auszeichnung wurde durch das Nobel-Preis-Komitee des norwegischen Parlaments für die Verdienste, die sich Bunche in der Herbeiführung des Waffenstillstandskonkordats zwischen Israel und den arabischen Staaten erworb. Bunche ist der erste Neger, der mit diesem Preis ausgezeichnet wurde.

Gerüchte über britische Neuwahlen Premierminister Attlee war beim König

London (UP). Der britische Ministerpräsident Attlee ist nach London zurückgekehrt, nachdem er König Georg VI. auf Schloß Balmoral in Schottland aufgesucht hatte. Britische Zeitungen berichten, daß Attlee von Mitgliedern seiner eigenen Partei gebeten worden sei, bald zu Neuwahlen des Parlaments zu schreiben. Man nimmt in unarrichteten Kreisen an, daß Attlee seinen Entschluß über Neuwahlen erst nach dem Kongreß der Labour-Party fassen werde, der am 2. Oktober in Margate beginnt.

Bundestag fordert Einstellung der Demontagen „Schlechte Begleitmusik für Einigung Europas“ - SPD-Antrag einstimmig angenommen

Bonn (UP). Der deutsche Bundestag beschloß einstimmig, die Bundesregierung zu ersuchen, in Verhandlungen mit der alliierten Hohen Kommission auf eine Beendigung der Demontagen hinzuwirken. Durch die Annahme eines entsprechenden SPD-Antrags wird die Regierung ferner beauftragt, dafür zu sorgen, daß alle Transporte von Demontage- und Reparationsgut eingestellt werden.

Der Bundestag sprach sich ferner dafür aus, daß sich die Bundesregierung um die Aufhebung aller Vorschriften bemühe, die einer Modernisierung des Produktionsapparates zu friedlichen Zwecken entgegenstehen. Schließlich soll bei der Hohen Kommission erreicht werden, daß die etwa noch weiterbestehenden alliierten Kontrollorgane durch Vertreter solcher demokratischer Länder ergänzt werden, die am Kauf deutscher Waren interessiert sind.

„Das Rattern der Demontagehammer und das Knattern der Lastkraftwagen, mit denen man das Reparationsgut abführt, sind eine schlechte Begleitmusik für die Einigung Europas“, erklärte der SPD-Abgeordnete Nötting in der Begründung des Antrages, über den nicht debattiert wurde. Man sollte sich jetzt, so betonte der Sprecher, zu einer großen befriedenden Geste verstehen und nicht jede psychologische Wirkung dadurch versäumen, daß man zu wenig und zu spät handle.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Bundestag das Notgesetz für die deutsche Hochseefischerei bis zum 30. 6. 1951 verlängert, um der notleidenden deutschen Seefischerei eine um 15 DM je Tonne verbilligte Bankerkohle liefern zu können. Der Bund zahlt dafür Subventionen in Höhe von rund 6,75 Millionen D-Mark.

Hefige Kritik an der deutschen Presse wurde durch Presseberichte ausgelöst, nach denen das Bundestagspräsidium dem Finanzministerium einen Kostenvorschlag für die deutsche Delegation beim Europarat zugeleitet hat, der 250 000 DM für die 36 Delegierten vorsieht. Obwohl der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmann, die Richtigkeit dieser Berichte bestätigte, sahen die meisten Abgeordneten in der Berichterstattung über die „Diluten“ einen „beschämenden Angriff auf das Parlament“.

Geheimbesprechungen über die Deutschlandfrage Amerikanische Vorschläge zum geplanten Verteidigungssystem - Bedenken Frankreichs

New York (UP). Die Außen- und Verteidigungsminister der drei westlichen Großmächte verhandelten am Freitag nach Mitteln gut informierten Kreise hinter verschlossenen Türen über den amerikanischen Vorschlag einer Aufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das westeuropäische Verteidigungssystem.

Die Billigung dieses Vorschlages stieß bei den vorangegangenen Verhandlungen auf den Widerstand Schumans, der in einem solchen Schritt eine Gefährdung der innenpolitischen Stabilität Frankreichs sieht. Amerikanische Regierungskreise hoffen indes, daß es der Persönlichkeit und dem Einfluß des neuen Verteidigungsministers Marshall gelingen werde, Frankreich für den amerikanischen Plan zu gewinnen.

Ein Vertreter des amerikanischen Außenministeriums sagte, den Beratungen liege eine amerikanische Denkschrift über die Probleme der Verteidigung Europas zugrunde. Darin ist auch die Einbeziehung von Kontingenten der Deutschen Bundesrepublik in eine europäische Armee vorgesehen. Der amerikanische Vertreter sprach von den Bedenken Frankreichs gegen die Einbeziehung deutscher Kontingente und hob hervor, nach dem amerikanischen Plan würden die deutschen Einheiten dem gemeinsamen Oberbefehlshaber unterstehen. Die deutsche Bundesregierung würde in keiner Weise über sie verfügen können.

Alle Beschlüsse, die bei den Besprechungen gefaßt werden, müssen dem Rat der Außenminister der Atlantikpaktorganisation vorgelegt werden. Nach Ansicht gutunterrichteter Kreise zeigen sich die Engländer gegenüber dem Gedanken einer Aufstellung mehrerer westdeutscher Divisionen aufgeschlossenere als bei Beginn der Außenministerkonferenz.

Nach kurzer Pause traten die Außen- und Verteidigungsminister um 20.00 Uhr MEZ erneut zu einer Sitzung zusammen, um das Verteidigungsprogramm für Europa zu beraten. Man erwartet nicht, daß eine sofortige formelle Einigung erzielt wird, sondern daß die Verhandlungen am Samstag weiter fortgesetzt werden. Von französischer Seite wurde erklärt, daß die französische Stellungnahme sich nicht geändert habe. Aus britischer Quelle wird gemeldet, daß Außenminister Bevin und Verteidigungsminister Shinwell erklärt hätten, sie hätten keine grundsätzlichen Einwände gegen die Aufstellung deutscher Truppendivisionen, wenn die erforderlichen Sicherungen verwirklicht würden. In diplomatischen Kreisen wird dazu erklärt, daß es in jedem Fall über ein Jahr dauern werde, bis

Warum muß der Westen rüsten? Von Captain R. H. Liddell Hart

Warum muß der Westen rüsten? Diese Frage ruft der bekannte englische Militärschriftsteller Captain R. H. Liddell Hart in einem Aufsatz zu beantworten, dem seine Erfahrungen auf einer Informationsreise durch das Bundesgebiet, Frankreich und die Niederlande zugrunde liegen. Angesichts der jüngsten Beschlüsse der westlichen Außenminister scheint uns dieser Artikel, dessen Inhalt die persönliche Meinung des Verfassers zum Ausdruck bringt, von besonders aktuellem Interesse zu sein.

An dem Tage, an dem die Nordkoreaner den 38. Breitengrad überschritten, befand ich mich auf einer Reise durch die amerikanisch-besetzte Zone Deutschlands — voller Staunen über das Maß des in den letzten Jahren erreichten Aufschwunges, wie er nicht nur in materieller Hinsicht, sondern ebenso in dem seelischen Zustand der Bevölkerung zum Ausdruck kam. Aber mit dem Augenblick, als die Nachrichten über Korea eintrafen, machte sich eine tiefe Depression bemerkbar. Es gab keine Anzeichen einer Panikstimmung, aber vieles, was auf eine beinahe hoffnungslose Resignation deutete.

In seltsamem Gegensatz dazu stand die leichtherzige Haltung der Besatzungsangehörigen oder doch eines Teiles von ihnen. Für einige Tage bestand die Neigung, die Dinge in Korea als eine weit entfernte Angelegenheit anzusehen, die die Lage im Westen wahrscheinlich kaum berühren werde. Erst als ich in die britische Zone kam, fand ich eine ernstere Auffassung der Lage, die allerdings inzwischen auch klarer geworden war. Auf meiner Reise stellte ich nichtsdeweniger fest, daß selbst an den höchsten Stellen die Neigung bestand, immer nur einen Teil des westeuropäischen Verteidigungsproblems zu sehen. Man vermied sichtlich, es in seiner Gesamtheit zu sehen, wohl deshalb, weil es andernfalls ein Maß an Anstrengung und geistiger Neuorientierung verlangte, größer als daß demokratische Führer, die schon mit einem Auge nach den Wahlen schielen, sie wagen dürften. Welcher Art sind nun die Gefahren, denen wir uns gegenübergestellt sehen?

Die erste Gefahr liegt in der ausschließlich politischen und psychologischen Offensive, die mit dem Begriff des „kalten Krieges“ bezeichnet wird, mit der sich die Förderung von Unzufriedenheit und Unordnung im Bereich der westeuropäischen Völker verbindet. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Entwicklung durch das zunehmende Gefühl vor Furcht und Mißtrauen entgegengearbeitet worden, das die Folge allzu massiver kommunistischer Drohungen ist. Trotzdem ist die Gefahr in erheblichem Maße akut geblieben, vor allem in Italien, aber auch in fast gleichem Maße in Frankreich. Ich habe dort bestürzende Symptome gesehen.

Die zweite Gefahr ist die einer politischen Infiltration in unmittelbarer Verbindung mit einer Kampfkraft russischer Satelliten — soweit es Rußland selbst betrifft, also ein „geplanter Krieg“. Korea ist ein Schulbeispiel dafür. Was dort geschah, könnte sich in Deutschland wiederholen, wo die Russen in ihrer Zone die sogenannte Volkspolizei in eine höchst schlagkräftige militärische Streitmacht umgeformt haben.

Als dritte Gefahr ergibt sich die Invasion des Westens durch die russischen Armeen selbst. Sie könnte sich im Anschluß an eine Aktion der ostdeutschen Kommunisten oder zu deren Unterstützung vollziehen, aber sie ist auch ohne diese Präliminarien denkbar — als Antwort auf die amerikanische Intervention in Korea. Die entscheidende Wirkung einer derartigen Invasion könnte erheblich gesteigert werden, wenn sie von einem strategischen Überraschungsangriff gegen die britischen Inseln begleitet würde oder ein solcher ihr unmittelbar vorausginge, ausgeführt von Luftlandtruppen oder unter Einsatz anderer neuartiger Kampfmittel. Diese Seite der Invasionsgefahr pflegt meist übersehen zu werden. So überieht man auch bei den Kontinentalmächten gern die Auswirkungen, die ein solcher Angriff auf die Entsendung von englischen Verstärkungen zum Festland haben müßte.

Eine vierte Gefahr ergibt sich aus der Tatsache, daß die Sowjets die Atombombe schneller entwickelt haben, als die Amerikaner es erwartet hatten. Wenn es den Russen auch schwer fallen dürfte, den Vorsprung der Amerikaner in der Atombombenproduktion einzuholen, so könnten sie doch alles was sie an dieser Waffe besitzen, zu Repressalien gegen Westeuropa benutzen, so für den Fall, daß die USA ihrerseits die russischen Zentralpunkte bombardieren sollte. Man kann wohl zu Recht

Neue Hilfe für Berlin

Der Entwurf eines zweiten Hilfegesetzes zur Förderung der Berliner Wirtschaft wurde von der Bundesregierung gebilligt. Durch eine Bundesbürgschaft von 2 Millionen DM sollen Kredite in Höhe von rund 100 Millionen DM für Berliner Betriebe freigemacht werden. Ferner stellte die Bundesregierung für den Besuch der Industrie-Ausstellung in Berlin 300 000 DM aus Haushaltsmitteln zur Verfügung. Mit diesem Betrag sollen Flugreisen zum Preise einer Eisenbahnfahrt zweiter Klasse ermöglicht werden.

Die Entwürfe von Verwaltungsanordnungen über Lohn- und Körperschaftsteuer-Richtlinien sowie über die Anerkennung steuerbegünstigter Zwecke und Einrichtungen wurden ebenfalls vom Bundeskabinett verabschiedet. Nach der Verwaltungsanordnung über die Lohnsteuer-Richtlinien sollen nach Mitteilung des Regierungspräsidenten Lohnsteuervergünstigungen für besonders von Kriegsschäden betroffene Personen erreicht werden. Die Anordnung über Anerkennung steuerbegünstigter Zwecke und Einrichtungen wird besonders auf Forschungsanstalten und kulturelle Einrichtungen angewendet.

Henderson bei Adenauer

Bundeskanzler Adenauer empfing den Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Henderson, zu einer Unterredung, an der auch der stellvertretende britische Hohe Kommissar Steel, der Bundesfinanzminister Schäffer und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU von Brentano, teilnahmen. Schäffer erklärte nach der Konferenz, daß die Unterhaltung in „herzlichem Ton“ geführt worden sei. Man habe aktuelle Fragen — „natürlich auch das New Yorker Kommuniqué“ — diskutiert. Henderson suchte anschließend den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Opposition, Dr. Schumacher, auf.

Grundsätzlich bereit...

Der norwegische Außenminister Lange erläuterte auf einer Sondersitzung des norwegischen Parlaments (Storting) die norwegische Haltung zu dem amerikanischen Vorschlag über die Schaffung einer vereinten Streitmacht für Westeuropa, unter Beteiligung amerikanischer Einheiten. Lange stellte fest, daß Norwegen grundsätzlich bereit sei, sich an einem solchen Plan zu beteiligen.

Zur Einbeziehung deutscher Einheiten in die westeuropäische Verteidigungsarmee stellte Lange die grundsätzliche Bereitschaft Norwegens fest, einer deutschen Beteiligung zuzustimmen, allerdings drückte er Zweifel darüber aus, ob die Zeit schon reif sei, deutsche Kontingente in die europäische Verteidigungsarmee einzubeziehen. Es müsse auch festgestellt werden, wie die demokratischen Parteien Westdeutschlands sich zu einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer vereinten europäischen Streitmacht stellen. „Wir müssen starke Garantien erhalten“, sagte Lange, „daß der deutsche Militarismus nicht wieder aufleben kann.“

Auch die dänische Regierung hat sich mit der Frage einer europäischen Streitmacht befaßt und ebenfalls grundsätzlich bereit die Vereinigung der westeuropäischen Kräfte zugestimmt. Dänemark, so heißt es in einer Verlautbarung, werde sich der vorgeschlagenen Einverleibung westdeutscher Militäreinheiten in eine vereinte westeuropäische Verteidigungsarmee nicht widersetzen, obwohl der Vorschlag in weiten Kreisen der Bevölkerung Dänemarks, das beinahe während der ganzen Dauer des zweiten Weltkrieges von den Deutschen besetzt war, Beunruhigung hervorgerufen habe.

Kongreß überstimmt Trumans Veto Einspruch gegen Kommunengesetz unwirksam

Washington (UP). Wie zu erwarten, hat Präsident Truman gegen den vom Kongreß gebilligten Gesetzentwurf über die Kontrolle der amerikanischen Kommunisten und kommunistischer Aktivitäten sein Veto eingelegt. Mit 286 gegen 40 Stimmen lehnte das amerikanische Repräsentantenhaus aber das Veto ab.

Hauptrückzugsstraße abgeschnitten

Immer noch harte Kämpfe um Seoul - Mehrere wichtige Plätze erobert

annehmen, daß selbst nur wenige Atombomben, die auf westeuropäische Hauptstädte fallen, dort eine weit größere Auflösung verursachen würden, als eine weit größere Zahl davon in Rußland bewerkstelligen könnte. Darüber hinaus ist es durchaus denkbar, daß die Atombombe sich gar nicht als „letzte Weisheit“ herausstellt, denn es ist völlig denkbar, daß es noch unerwartetere „Katastrophenwaffen“ geben könnte.

Eine weitere Gefahr — die fünfte — liegt in der Möglichkeit einer neuen U-Boot-Blockade der atlantischen Seeverbindungen, die die amerikanischen Festland fernhalten könnte. Dem europäischen Festland fernhalten könnte. Es würde eine ernste Bedrohung bedeuten, wenn die Russen die neuartigen U-Boot-Typen wirksam entwickelt haben sollten, deren Entwurf mit samt einigen der Konstrukteure innen in die Hände fielen, als sie am Ende des jetzigen Krieges gegen die deutschen U-Boot-Basen an der Ostsee vorstießen. Weder die britische noch die amerikanische Marine verfügt bisher über eine hinreichende Menge von U-Boot-Jägern, die schnell genug sind, um mit einer solchen Bedrohung fertig zu werden.

Die stärkste Gefahr liegt in der Möglichkeit, daß die koreanischen Ereignisse sich in Deutschland wiederholen könnten. In Westdeutschland gibt es nichts, was ihr gewachsen wäre. Die wertvolle Polizei ist wie in England auf rein örtlicher Basis organisiert; ihre Ausbildung beschränkt sich auf rein polizeiliche Funktionen, sie ist kaum bewaffnet. Sie hat nicht einmal soviel militärischen Charakter wie die Polizei in der Zeit vor Hitler.

Solange die alliierten Streitkräfte in Deutschland bleiben, sollte es möglich sein, eine Invasion durch die kommunistischen „Polizeikräfte“ Ostdeutschlands abzuwehren. Vermutlich hätten sie alle Hände voll zu tun, wenn eine derartige Invasion in der Form eines schwer fähbaren Einsiedlers nach den Regeln des Kleinkrieges erfolgen würde. Naturgemäß ist ihr Vermögen, einer offen oder getarnt durchgeführten Invasion durch russische Kräfte auf die Dauer Widerstand zu leisten, noch weit geringer. So sehen wir uns vor die Frage gestellt, ob es möglich ist, durch beschleunigte Maßnahmen oder neue Mittel in naher Zukunft eine angemessene Verteidigung Westeuropas zu schaffen, die eine Atempause gewährt. Dazu tritt die Überlegung, ob ohne eine deutsche Beteiligung eine Verteidigung des Westens möglich ist, ob eine Beteiligung Deutschlands durchführbar erscheint und ob nicht das Risiko den Vorteil übersteigt. (Ein weiterer Beitrag folgt)

Bradley jetzt mit 5 Sternen

Zum US-Armee-General befördert

Washington, (UP). General Bradley wurde zum Armee-General (mit fünf Sternen) der amerikanischen Streitkräfte befördert. Präsident Truman heftete ihm in einer Zeremonie im Weißen Haus die Silber-Abzeichen seines neuen Ranges an.

Düsenjäger rasen über den Atlantik

Brennstoffaufnahme in der Luft

New York (UP). Mit einer Reisegeschwindigkeit von etwa 800 Kilometern in der Stunde überfliegen zur Zeit zwei amerikanische Düsenjäger den Atlantischen Ozean ohne Zwischenlandung. Während des Fluges sollen die Düsenjäger dreimal in der Luft Brennstoff aufnehmen. Die beiden Düsenjäger starteten vom Flugplatz Manston bei London. Zum ersten Mal füllten sie über dem schottischen Flugplatz Prestwick ihre Brennstoffvorräte auf.

Edmund Sabott.

Der Angeklagte schweigt . . .

Copyright by Verlagshaus Ettlenger Verlag & Späher

II. Fortsetzung.

Wie er es fertiggebracht hat, noch so spät am Abend Decken und Kissen und hundertlei Kleinigkeiten zusammenzukapfen, weiß ich nicht. Nach anderthalb Stunden war er jedenfalls wieder da, brachte einen vollbeladenen Lieferwagen mit und hatte im Dorf auch einige Leute zusammengetrommelt, die beim Einräumen und Säubern halfen. Sogar das Abendessen hatte er nicht vergessen. Kurz, es klappte alles, und Borbeck lobte ihn dafür. Daß Borbeck ihn später als Privatsekretär zu sich nahm, hat Hartung wohl der Fixigkeit zu verdanken, die er an diesem Abend bewiesen hatte.

Lönne machte eine kurze Pause. Im Saal hörte man ihm mit großer Aufmerksamkeit zu. „Wir blieben bis Montag früh in Altenlinden, Borbeck wurde mit dem Makler einig, und das Gut ging auf ihn über. Am Montagmorgen, kurz vor Geschäftsbeginn, kam ein Bote zu mir und brachte mir ein kleines Paket. Zufällig stand Hartung gerade neben mir. Ich öffnete es, und zum Vorschein kam eine Zigarettendose, ein schweres, goldenes Ding, so kostbar, wie ich noch keins gesehen, geschweige denn in der Hand gehalten hatte. Es bestand aus gehämmertem Gold, und der Knopf des Springverschlusses war ein einander, sehr schöner Brillant von gelblichem Feuer. Im Inneren befand sich eine Widmung: „Mit Dank für Altenlinden!“ Und darunter das Datum mit Borbecks Initialen K. W. B., die nach dem Muster seiner Handschrift eingraviert waren.“

Es war verrückt, ich wußte gar nicht, was ich mit solch kostbarem Stück anfangen sollte, und ebenso verblüfft war ich über die Schnell-

Tokio (UP). Der Angriff amerikanischer Marineinfanteristen wurde auch am Freitag durch das heftige kommunistische Abwehrfeuer in den westlichen Vororten Seouls aufgehalten. Einem anderen amerikanischen Verband gelang es jedoch, sich in den Besitz der 50 Kilometer südlich gelegenen Stadt Suwon zu setzen und damit die Hauptrückzugsstraße für die nach Norden fließenden nordkoreanischen Truppen von der Südfrent abzuschneiden.

Am äußersten linken Flügel der Südfrent befinden sich die Kommunisten weiterhin in vollem Rückzug. Nachstoßende amerikanische Einheiten drangen bis zu 25 km über ihre ursprünglichen Stellungen bei Haman vor, womit sich die Lücke zwischen der Südfrent und dem Incheon-Brückenkopf auf 100 km verengt hat.

Einheiten der 24. amerikanischen Division setzten inzwischen ihren Vormarsch auf der Hauptnachschiebstraße Pusan-Suwon-Seoul fort und nahmen den wichtigen Verkehrsknotenpunkt Kumchon ein. Geländegewinne werden auch aus dem Bereich der 1. Kavalleriedivision gemeldet, die nördlich von Waegwan bis zu 25 km vorstieß. Eine Marschspitze der 2. Division drang am Freitag in die Stadt Chogye ein (50 km westlich von Waegwan und 10 km westlich des Naktong).

Fünf südkoreanische Divisionen am äußersten östlichen Frontabschnitt stießen in 40 km Breite so weit vor, daß sie den Kontakt mit dem vorgeschobenen Hauptquartier verloren, das etwa 15 km westlich von Pohang liegt. Hunghae und Kigye wurden im Gegenangriff gegen heftigen gegnerischen Widerstand genommen. Auch die etwa 20 km nördlich von Taegu liegende Stadt Kasan soll von Truppen der Vereinten Nationen besetzt worden sein. Ferner verläuft die 2. US-Division habe die Stadt Tschogye, die ca. 8 km westlich des Naktong liegt, erobert.

Trägerflugzeuge und Verbände der Luftflotte töbeten im Raum von Incheon mehr als 1000 Kommunisten. Nach einem Kommando General McArthur wurden am Freitag 17 gegnerische Panzer und 42 andere Fahrzeuge durch Bordwaffenbeschuß vernichtet. Die neue Luftbrücke nach dem Flugplatz Kimpo bei Seoul hat bis jetzt 441 Tonnennachschubgut und 661 Passagiere befördert. Das amerikanische 10. Armeekorps wurde in Incheon vollständig an Land gebracht.

Ein Sprecher der amerikanischen Luftflotte teilte kurz vor Redaktionsschluß mit, daß einige nordkoreanische Verbände und Zivilisten Seoul in nordöstlicher Richtung verlassen. Es lägen jedoch keine Anzeichen einer allgemeinen Evakuierung der Stadt vor.

Die US-Flotte im Mittelmeer

52 amerikanische Einheiten stationiert

London (UP). Die amerikanische Marine teilt mit, daß gegenwärtig 52 Kriegsschiffe im Mittelmeer stationiert sind, darunter 46 eigentliche Kriegsschiffe und 6 Hilfsschiffe. Es handelt sich um die größte Flotte der USA, die seit dem Kriege im Mittelmeer versammelt ist.

Wyschinski und Malik zogen aus

Sowjetische Formosa-Beschwerde kommt auf UN-Tagsordnung

New York (ZSH). Der Arbeitsausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloß, einen russischen Antrag, in dem die USA einer Angriffshandlung gegen China beschuldigt wird, auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Nur der Dele-

gierte der Kommissionsbehörde stimmte dagegen. Der amerikanische Delegierte sagte: Wir müssen fair sein; jede Beschwerde muß gehört werden. Die Sowjetunion vertritt den Standpunkt, die Entscheidung eines amerikanischen Flottenverbandes in die Gewässer von Formosa stelle einen Einfall in chinesisches Gebiet dar.

Ferner beschloß der Arbeitsausschuß, einen amerikanischen Antrag, die Vollversammlung solle die Frage der Zukunft Formosas prüfen und Empfehlungen hierüber ausarbeiten, bis auf weiteres zurückzustellen. Die Tagesordnung, die der Arbeitsausschuß jetzt aufgestellt hat, wird der Vollversammlung auf ihrer nächsten Sitzung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der Verfahrnenausschuß der UN-Vollversammlung hat beschlossen, die Frage der Vertretung Chinas dem politischen Ausschuß zu überweisen, so daß er damit auf die Tagesordnung der Vollversammlung kommt.

Feinlicher Zwischenfall

Der sowjetische Außenminister Wyschinski und sein Stellvertreter Malik haben ein im Waldorf-Astoria-Hotel zu Ehren der Vereinten Nationen veranstaltetes Bankett verlassen, weil der Gouverneur von New York, Dewey, in einer Tischrede die Sowjetunion kritisierte. Dewey erklärte, daß niemand in der ganzen Welt im Bewußtsein der Sicherheit einschlafen könne, solange es in der Sowjetunion 10 bis 15 Millionen Menschen gebe, die in Zwangsarbeitslagern unter Bedingungen leben müßten, die einer langsamen Folterung bis zum Tode gleichkämen. Wyschinski wurde daraufhin rot und blökte auf Malik. Malik sah zu Wyschinski hin, und als Dewey diesen Absatz beendet hatte, standen beide auf und verließen den Saal. Dewey unterbrach seine Rede, bis Wyschinski und Malik fortgegangen waren. Dann fuhr er fort.

Konzessionen werden genau festgelegt

Eine Studiengruppe geht ans Werk

Washington (UP). Die detaillierte Ausarbeitung der politischen und wirtschaftlichen Konzessionen für die Bundesrepublik, die in den Beschlüssen der Außenminister der drei westlichen Großmächte angekündigt wurden, soll einer Studiengruppe übertragen werden, die im kommenden Monat in London zusammentritt. Wie verlautet, wird die Gruppe eng mit deutschen Regierungsstellen zusammenarbeiten. An Konzessionen, die der Bundesrepublik im Rahmen der New Yorker Beschlüsse zugestanden werden sollen, wurden folgende genannt:

1. Übertragung der praktisch gesamten Kontrolle über das Dekartellierungsprogramm mit allmählichem Abbau des alliierten Einflusses.
2. Neben einer Erhöhung der Stahlproduktionsquote ebenfalls eine Produktionssteigerung bei anderen beschränkten Industriezweigen, wie zum Beispiel Kugellagerherstellung und Gewinnung von Styren und Bauxit. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen ist die Produktion von Kugellagern auf 133 Millionen Einheiten pro Jahr beschränkt.
3. Lockerung der Außenhandelskontrolle.
4. Verstärkung der zugebilligten Polizeitruppen von 30.000 Mann, falls sie sich für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit als nicht ausreichend erweist.

Australien will Streitkräfte verdoppeln. Der australische Ministerpräsident Menzies gab bekannt, daß die ständigen Verteidigungstreitkräfte des Landes verdoppelt werden sollen.

Spaniens „große Sünde“

Franco: Unsere Politik heißt abwarten

Madrid (UP). In einem Interview mit der italienischen Zeitung „Roma“, das von der Madrider Presse wiedergegeben wird, stellte der spanische Staatschef Franco fest, ein von London geführtes Europa „des sozialistischen Imperialismus“ würde auf dasselbe hinauslaufen, wie ein unter Leitung Moskaus stehender „Stalin-Kommunismus“. Spaniens „große Sünde“ sei es gewesen, Deutschland oder Italien nicht zu lassen und fünf Jahre lang „allgemein“ außerhalb des Hasses zu bleiben. „Heute hilft man Deutschland und Italien, Spanien aber wird mißhandelt. Kein vernünftiger Mensch wird das begreifen“. Wenn Europa diese Entschiedenheit des Verteidigungswillens gegen den Kommunismus besitze wie Spanien, das sich selbst vom Kommunismus befreit habe, dann, so erklärte Franco wörtlich, „können wir angesichts der Gefahr ruhig bleiben“. Spaniens Außenpolitik sei „ein Abwarten, bis die Wasser wieder ins natürliche Bett zurückgekehrt sind“.

Es regnete Gold und Banknoten . . .

Radfahrer streute vier Millionen Francs am

Antibes (UP). Ein sichtlich angeheiterter Radfahrer gab auf einer der Hauptstraßen von Antibes (Frankreich) ein unfreiwilliges Schauspiel zum besten. Nicht mehr sicher auf seinen Rädern kam er immer wieder zu Fall. Eine beträchtliche Menschenmenge genoss dieses verglegliche Schauspiel, doch plötzlich war das Lächeln aus den Gesichtern der Zuschauer fortgewischt. Aus den vielfach geflickten Kleidern des Radfahrers und aus einem auf dem Gepäckständer des Rades befestigten Kochtopf ergoß sich ein Regen von Goldmünzen und Tausendfranc-Noten auf den Asphalt. Die Zuschauer, die sich zuerst gefaßt hatten, stürzten hinter dem davontorkelnden Radfahrer her, verloren jedoch bald seine „goldene Spur“.

Wie es heißt, hat der Unbekannte, in dem manche einen in Antibes ansässigen Weißbäcker erkannt haben wollen, insgesamt etwa vier Millionen Franc (etwa 35.000 DM) ausgestreut. Die Augenzeugen des Zwischenfalls zerbrechen sich nun den Kopf, wo der Radfahrer seinen Schatz im Kochtopf wohl her hatte.

Banknote erlitt Herzschlag

Bei einem Raubüberfall in New York

New York (UP). Vier markierte mit Revolvern und Maschinenpistolen bewaffnete Banditen verursachten bei einem Raubüberfall in der New Yorker Innenstadt den Tod eines Banknotens, ohne einen einzigen Schuß aus ihren Waffen abgefeuert zu haben. Der Banknote fiel durch einen Häuserschlag gefaßt tot zu Boden, als die Polizei von dem Haubt zu verständigen. Die Banditen entkamen inzwischen unerkannt mit einer Beute von 16.000 Dollar.

Autobus mit Negern abgestürzt

19 Tote und 23 Schwerverletzte

Darassalam (UP). 19 Neger wurden getötet und 23 schwer verwundet, als ein Omnibus auf der Straße von Songas nach Njombe ins Schleudern geriet und einen Abgrund hinterstürzte. Sechs Passagiere konnten sich frühzeitig durch Abspringen retten.

Grüne Hemden, blaue Halbtücher. Die

„Deutsche Reichspartei“ habe eine Jugendgruppe unter dem Namen „Deutsche Reichsjugend“ gegründet, teilte der Leiter des bayerischen Jugendringes, Dr. Faltermeyer, mit. Sie werde mit grünen Hemden und blauen Halbtüchern ausgestattet sein und als Abzeichen eine germanische Rune mit einem schwarz-weiß-roten Kranz tragen.

igkeit, mit der er mir dieses fürstliche Geschenk gemacht hatte.

Was Hartung betraf, so machte das Geschenk auf ihn einen tiefen Eindruck. Er wurde noch verkniffener, als er die Dose in die Hand nahm. Er sagte nichts, aber das Geschenk blendete ihn offenbar. In den nächsten Wochen fiel mir auf, daß er es vermißte, mit mir über die Borbecks zu sprechen. Waren wir zu viert beisammen, so wurde ich nie recht klug aus seinem Verhalten. Manchmal argwöhnte ich, daß er sich mit ihnen traf, ohne mir etwas davon zu erzählen. Als er mir dann — etwa vier Wochen nach unserem ersten Besuch in Altenlinden — sagte, er gebe seine Stellung bei uns auf, weil er von Borbeck als Privatsekretär engagiert sei, war ich doch überrascht. Aus dem Ton, in dem er mir dies mitteilte, spürte ich, daß er diese Wendung der Dinge wie einen Triumph über mich empfand.

Der Vorsitzende machte eine Handbewegung, mit der er Lönne unterbrach. „Mir fällt auf“, sagte er, „daß Sie trotz der Ausführlichkeit Ihrer Schilderung Frau Borbeck so gut wie gar nicht erwähnen. Aber Sie wissen so gut wie ich, daß sowohl Ihre als auch Hartungs Beziehungen zu Frau Borbeck wichtig und entscheidend für die späteren Ereignisse waren. In den folgenden Wochen und Monaten sind Sie häufig Gast auf Altenlinden gewesen. Sie trafen Frau Borbeck dort und auch Hartung. Dann brachen Ihre Besuche plötzlich ab. Ueber die Gründe haben Sie bisher immer nur recht unsichere Angaben gemacht.“

Lönne senkte den Kopf und sah geräunte Zeit vor sich auf den Boden nieder. Als er wieder aufsaß, blökte er fest auf Wohlfahrt. „Ich habe nicht die Absicht, Herr Vorsitzender, über diese Beziehungen mehr zu sagen, als ich es im Vorverfahren getan habe.“

Alle hoben verblüfft den Kopf. Staatsanwalt Dr. Scheel machte eine Handbewegung, mit der er ausdrücken wollte, daß er genau diese Antwort erwartet habe. Henius war

mit einem Ruck zu seinem Mandaten herum und starrte ihn ermahmend an. Im Zuschauerraum erhob sich ein Gemurmel.

„Soll das heißen, Angeklagter“, fragte Wohlfahrt, und in seiner Stimme kündigte sich ein ungeduliges Grollen an, „daß Sie über Ihre Beziehungen zu Frau Borbeck völlig schweigen wollen?“

„Nicht nur darüber, sondern über alles, was sich in den nächsten Monaten ereignet hat. Es ist ja im Grunde nichts Wesentliches“, fuhr er eilig fort, um einem Zornesausbruch Wohlfahrts zuvorzukommen. „Während meiner kurzen Besuche habe ich nur einen flüchtigen Einblick nehmen können in das, was auf Altenlinden vor sich ging, und ich bin . . .“

„Machen Sie keine Redensarten!“ rief Wohlfahrt ärgerlich. „Sie wissen genau, worum es sich handelt. Ob Ihre Aussagen wesentlich sind oder nicht, ist bedeutungslos. Darüber entscheiden nicht Sie Gerade die Vorgänge in diesen Monaten sind wesentlich für Hartungs Tod! Machen Sie uns doch nichts vor! Wenn Sie darüber schweigen, so haben Sie etwas zu verschweigen, und das Gericht wird seine Schlüsse daraus ziehen.“

Henius hatte sich inzwischen erhoben und sprach leise auf Lönne ein. Der hörte höflich bedauernd zu und schüttelte mehrmals den Kopf. Wohlfahrt flüsterte mit einem der Beisitzer. Als Henius abschreckend Platz nahm, war ihm anzusehen, daß er nichts bei Lönne erreicht hatte.

Lönne sagte: „Ich bitte um Verzeihung Herr Vorsitzender! Sie sagten, daß Sie aus meinem Schweigen den Schluß ziehen, ich hätte etwas zu verschweigen. Man schweigt aber auch, wenn man sich seines Urteils nicht sicher fühlt und fürchtet, Falsches oder Zweifelhafes zu sagen, das einen andern in ungunstiges Licht rückt.“

„Ich verbitte mir Ihre Belehrungen, Angeklagter!“ rief Wohlfahrt nun in hellem Zorn. „Wenn Sie sich weigern, diese Aussagen zu machen, so ist das Gericht genötigt, sich ohne

Ihre Mithilfe ein Bild von den Ereignissen zu machen. Ueberlegen Sie sich Ihre Weigerung! Ich rate es Ihnen! Also? Lehnen Sie ab oder nicht?“

„Ja, ich lehne es ab!“

Henius stand rasch von seinem Platz auf. Um Wohlfahrt zu besänftigen, sagte er in beinahe demütigem Ton: „Wenn ich den Angeklagten recht verstanden habe, lehnt er es nicht grundsätzlich ab, diese Aussagen zu machen; er möchte vielmehr die Zeugen Frau Borbeck und Alfred von Lönne abwarten, um zu deren Aussagen Stellung zu nehmen.“

Sofort schnellte der Staatsanwalt empor. Es sei eine starke Zumutung, dem Gericht vorzuschreiben, wann der Angeklagte sich zu bestimmten Punkten der Anklage äußern wolle. Wohlfahrts Zorn richtete sich nun auch gegen den verblüfften Scheel. Das Gericht wisse selber, was es sich zumuten lassen dürfe, und was nicht. Der Angeklagte solle fortfahren.

Mit seinem Richter hatte es Lönne nun verschert. Auch die Geschworenen und die Zuhörer nahmen ihm seine Weigerung übel. Gerade von dem Ereignissen, in denen Frau Borbeck eine Rolle gespielt hatte, waren aufregende Einzelheiten zu erwarten gewesen. Eifersuchtszenen, gewagte Heimlichkeiten, gegenseitige Ränke, Leidenschaft, die sich verstärkt hatten bis zum todbringenden Haß — und um alles dies wollte Lönne sie betrügen. Niemand verzieh ihm das, und alle waren fest überzeugt, er wolle nur vermeiden, auf dem schlüpfrigen Boden auszugleiten, den er jetzt betreten mußte.

Hartung hatte den Umbau und die Neuerrichtung Altenlindens geleitet und sich später in Berlin, und zwar in der Halensee Gegend, eine kleine Junggesellenwohnung gemietet, die er während seiner häufigen kurzen Besuche in Berlin benutzte. Lönne bekam ihn bei diesen Gelegenheiten nur selten, und später, als er seine Besuche in Altenlinden eingestellt hatte, überhaupt nicht mehr zu sehen.

Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Gleichgeschaltet

bpd. KARLSRUHE — Seit 117 Jahren erscheint das „Badische Landwirtschaftliche Wochenblatt“...

Flugsportverein Karlsruhe gegründet
Karlsruhe (dds). In Karlsruhe ist ein „Flugsportverein Karlsruhe e. V.“ gegründet worden...

Mus der badischen Heimat

Der Tod lauerte am Bahnübergang

Mannheim (wvb). Nachts wurde ein 41-jähriger Hilfsarbeiter beim Überschreiten der Gleisanlagen von einem Zug der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft (OEG) getötet...

Die Mannheimer Wirtschaftshochschule

Mannheim (wvb). Die Periode des Wiederaufbaus und der Umgestaltung der Mannheimer Wirtschaftshochschule ist nahezu abgeschlossen...

Plakate für und gegen den Südweststaat

Mannheim (wvb). In einem Plakat, das in der Nacht zum Freitag an allen Mannheimer Plakatsäulen angebracht wurde, fordert der Mannheimer Stadtrat die Einwohner...

Zwei Tage vor der Volksbefragung zeigen sich naturgemäß beide Gruppen von ihrem Abstimmungsziel überzeugt, aber es ist bezeichnend, daß keine Seite von mehr als einem knappen Gesamtergebnis für sich zu sprechen wagt...

Widermuth sprach für den Südweststaat

Pforzheim (wvb). Der Bundesminister für den Wiederaufbau, Widermuth, erklärte in Pforzheim auf einer Versammlung der Vereinigung Südwest, der Südwesten müsse im Interesse Deutschlands ein Block werden...

ERP-Mittel für die Landwirtschaft

Sinsheim (SWK). Von den 7,245 Millionen DM, die in Württemberg-Baden aus ERP-Mitteln den Banken für landwirtschaftliche Kredite zur Verfügung gestellt wurden...

„Schwarzwaldpost“ fährt bis Ende September

bpd. BOHL — Die montags, mittwochs, freitags und sonntags von Karlsruhe über Baden-Baden, Freudenstadt, Triberg nach Freiburg verkehrende „Schwarzwaldpost“ wird, wie die Bundespost mitteilt, bis zum 23. 9. eingesetzt bleiben.

Ergebnisse der Konstanzer Polizeikonferenz

Konstanz (UP). Die Polizeireferenten der Innenministerien der westdeutschen Länder haben nach Beendigung einer mehrtägigen Konferenz in Konstanz bekanntgegeben...

Ein bedeutsamer Kongreß in Konstanz

Konstanz (dd). In Konstanz findet vom 26. September bis 2. Oktober 1950 der Jahreskongreß der jüngeren Sektion der christlich-demokratischen Parteien Europas...

künftige europäische Verfassung referieren werden. Im Europa-Haus der Stadt Konstanz werden die Delegierten aus zahlreichen europäischen Ländern am 29. September durch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden empfangen...

Hadelfzell hat über 10 000 Einwohner

Rudolfzell (ZSH). Die Einwohnerzahl der Stadt betrug am 31. August zusammen mit 131 Ausländern 8998. Dazu kamen 105 Neuzugänge, so daß man am Stichtag der Aufnahme bereits 10 067 Einwohner zählte.

Kinderlähmung geht rapid zurück

Stuttgart (wvb). Die spinale Kinderlähmung in Württemberg-Baden geht nach Auskunft der Gesundheitsabteilung des württemberg-badischen Innenministeriums rapid zurück...

Um was es geht

Das Volk soll seinen Willen sagen

(wvb). Über vier Millionen Stimmberechtigter sollen am kommenden Sonntag in einer informativen Volksbefragung für eine Gesamtbevölkerung von 6,4 Millionen ihren Willen über eine Neugliederung des deutschen Südwestens zu erkennen geben...

Freiheit vor sich geben, meist in einer mäßigen Wahlbeteiligung nur einen geringen Willen der Bevölkerung erkennen lassen, durch das Referendum unmittelbar sein Schicksal mitzubeeinflussen...

Während des Abstimmungskampfes prallten die Gegensätze in Nordbaden am schärfsten zusammen. Es ist nach wie vor unbestritten, daß die Entscheidung in Nordbaden fällt. Stimmt Nordbaden für den Südweststaat, so kann sich Südbaden schwerlich isoliert verhalten...

Nur amtliche Stimmzettel für Volksbefragung
Die amtliche Wahlordnung weist die Bevölkerung darauf hin, daß bei der Stimmabgabe für die Volksbefragung am 24. September nur amtlich hergestellte Stimmzettel verwendet werden dürfen...

Für das alte Baden

Wahlkampf der Badener im Höhepunkt

Karlsruhe (UP). Der südbadische Staatspräsident Wohleb forderte zum Abschluß des Wahlkampfes der Badener in einer Großkundgebung in Karlsruhe seine Landsleute auf, am kommenden Sonntag für die Wiederherstellung des alten Landes Baden und gegen die Bildung des Südweststaates zu stimmen...

In Karlsruhe kam es am Freitagabend zu schweren Tumulten. Etwa 2500 Personen, von denen rund die Hälfte Anhänger der Badener-Bewegung waren, füllten die Karlsruher Ausstellungshalle, in der mehrere namhafte Politiker Württembergs und Badens sprechen sollten...

Wohleb begründete im weiteren Verlauf seiner Rede den Gedanken eines vereinten Europa. Um die Vereinigung Europas herbeizuführen, brauchten jedoch die kleinen Länder nicht zu verschwinden. Der südbadische Staatspräsident verwahrte sich eingangs gegen die persönlichen Verunglimpfungen, die, wie er sagte, von mehreren Südweststaats-Politikern gegen ihn gestartet worden seien...

Schwere Tumulte auf Südweststaats-Kundgebung

Karlsruhe (UP). Auf einer Wahlkampf-Schlusskundgebung der Südweststaatanhänger...

Arm in Arm mit — Riehelien!

Nach der jüngsten Heidelberger Südweststaats-Versammlung kann man wirklich nur feststellen: es gibt nichts, was dumms genug ist, um bei den Südweststaatanhängern Glauben zu finden. Kolportierte da — denn es ist dunkelste Kolportage, was er den Leuten zumiste — Herr Wirtschaftsminister Dr. Veit u. a., es habe noch nie einen Konflikt zwischen württembergischen und badischen Interessen innerhalb der württemberg-badischen Staatsregierung gegeben...

Zum Punkt „Sparsamkeit“ wußte Dr. Veit nach dem Bericht der BNZ als angebliches Gegenbeispiel nur auf Freiburg hinzuweisen, wo vier Landgerichte beständen und nunmehr auch noch ein Oberlandesgericht eröffnet worden sei. Herr Veit muß schon lange nicht mehr in Freiburg gewesen sein! Auch der alte Trick des Vergleiches verschiedener Verwaltungskosten mußte wieder herhalten...

Das Letzte an überalter Propaganda behielt sich Herr Veit für den Schluß vor: Zu der Erklärung des Erzbischofs von Freiburg äußerte Veit die Vermutung, daß der Erzbischof angelogen worden sei, um die Kirche in politische Auseinandersetzungen zu ziehen...

Natürlich kann sich jeder Katholik frei entscheiden, das hat noch niemand bestritten. Aber dieses Recht hat auch der Erzbischof, der betonte, daß er nach gründlicher Abwägung des Für und Wider für Baden entschieden habe. Wenn Herr Veit aber mit Riehelien als Popsänger den Südweststaat durchdrücken will, dann hat er sich in der Urteilsfähigkeit der Badener schwer verrechnet...

Freudenberg am Ende . . .

bpd. MANNHEIM — Der frühere badische Finanz- und Wirtschaftsminister Walter Köhler, der in der Zeit von 1933 bis 1945 auch badischer Ministerpräsident war und sich wegen seiner menschlichen Qualitäten auch bei seinen politischen Gegnern hoher Achtung erfreut, hat in einem Schreiben an den Weinhelmer Lederindustriellen Richard Freudenberg, einen der prominentesten Südweststaatler, aus wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Gründen dringend vor dem Südweststaat gewarnt...

Dagegen nimmt nun Freudenberg mit einem offenen Brief Stellung. Der Brief wird wohl nur in der südweststaathörigen Presse besprochen werden. Er weiß zu den sachlich ausgezeichnet fundierten Ausführungen Walter Köhlers nicht das Geringste zu sagen und kann nur als Beweis dafür gewertet werden, daß Freudenberg mit seinen Südweststaats-Argumenten und seiner Propaganda völlig am Ende ist.

Christliche Gesichtspunkte für Baden

Freiburg (dds). Das „Freiburger katholische Kirchenblatt“ und das „St. Konradblatt“ für die Erzdiözese Freiburg veröffentlichten einen Artikel des Domkapitulars Prälat Alois Eckert vom Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg, in dem die christlichen Gesichtspunkte herausgestellt werden, die nach Ansicht des Verfassers für die Wiederherstellung Badens sprechen. Bei den Gründen für und wider den Südweststaat, betont Prälat Eckert, seien leider die christlichen Gesichtspunkte zu wenig aufgezeigt worden und würden bewußt oder unbewußt übersehen oder gar bestritten...

Warum Zahnpflege? Ein großer Teil aller rheumatischen Erkrankungen entsteht durch kranke Zähne: Ein Beweis für die Notwendigkeit der Zahnpflege abends und morgens mit dem beliebtesten Chlorodont. Leo-Werke GmbH-Frankfurt/M.